Zeitschrift: Energeia : Newsletter des Bundesamtes für Energie

Herausgeber: Bundesamt für Energie

Band: - (2005)

Heft: 5

Artikel: Das Erdöl geht uns vorderhand nicht aus

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-639901

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Das Erdöl geht uns vorderhand nicht aus

INTERNET

BFE Bericht zum Erdölmarkt: www.energie-schweiz.ch/Fakten & Zahlen/Erdöl/Erdölbericht September 2005 International Energy Agency (IEA): www.iea.org

Schweizerische Nationalbank: www.snb.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft (seco): www.seco-admin.ch

ETH-Konjunkturforschungsstelle (KOF): www.kof.ch

Das Bundesamt für Energie (BFE) äussert sich in einem Bericht zur aktuellen Situation auf dem Erdölmarkt. Die verfügbaren Daten lassen den Schluss zu, dass eine rasche Verschlechterung der Erdölversorgung aufgrund eines Versiegens der Vorkommen höchst unwahrscheinlich ist. Eine effiziente Energiepolitik ist trotzdem nötig – im Interesse einer gedeihenden Wirtschaftsentwicklung und des Klimaschutzes.

Wie das BFE in seinem Bericht zum Erdölmarkt darlegt, beruht der seit mehr als zwei Jahren andauernde Anstieg des Ölpreises auf einer wachsenden Nachfrage besonders in China und Indien, auf Transport- und Raffinerieengpässe – vor allem in den USA – sowie auf politischer Instabilität in verschiedenen wichtigen Öl produzierenden Ländern. Die Wirbelstürme Katrina, Rita und Wilma haben die heikle Lage noch verschlimmert.

Trotz hohem Erdölpreis: Inflationsrate bleibt niedrig

Die fossilen Energieträger, allen voran die Erdölprodukte, spielen in der Schweiz eine wichtige Rolle. Deren Anteil am Endenergieverbrauch beträgt rund 70 Prozent. Gleichwohl haben die gestiegenen Erdölkosten der Schweiz bis anhin keinen wesentlichen Inflationsschub beschert. Im Warenkorb zur Berechnung des Landesindex der Konsumentenpreise schlagen die Erdölprodukte mit bloss 4,2 Prozent zu Buche. Zudem werden Erhöhungen der Produktepreise vor allem beim Benzin durch den hohen Anteil der preisunabhängigen Mineralölsteuer gedämpft.

Die Konjunkturprognosen führender Wirtschaftsinstitutionen zeigen, dass sich die steigenden Ölpreise vorderhand nur marginal auf

die Wirtschaftsentwicklung auswirken. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und die ETH-Konjunkturforschungsstelle (KOF) schätzen die Lage nicht dramatisch ein, zumal sich das Inflationsniveau sowie die Zinsen auf einem niedrigen Stand bewegen.

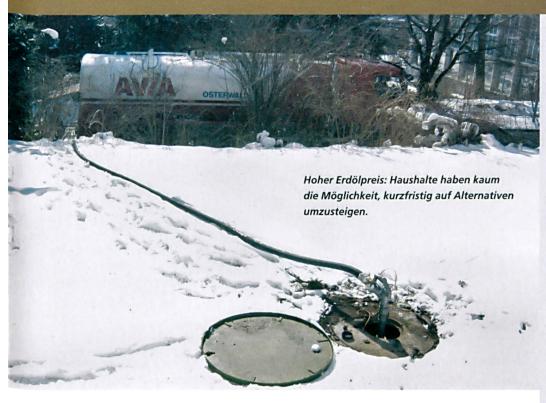
Auf der Verliererseite: Exportwirtschaft und Haushalte

Allerdings wird sich der Höhenflug des Ölpreises dämpfend auf die internationale Konjunktur auswirken. Davon ist in erster Linie die Schweizer Exportwirtschaft betroffen, für die vor allem die Euro-Zone ein wichtiger Absatzmarkt ist. Mit höheren Kosten kämpfen auch energieintensive Wirtschaftsbranchen, die Luftfahrt und das Transportgewerbe.

Geprüft werden zudem die Haushalte: Sie haben kaum die Möglichkeit, kurzfristig auf Alternativen umzusteigen – es sei denn, Herr und Frau Schweizer benützen vermehrt den öffentlichen Verkehr, ziehen sich mit Blick auf den Winter wärmer an und drehen ihre Heizung zurück.

Chance für erneuerbare Energien

Im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften reagiert unsere Wirtschaft weniger empfindlich auf steigende Ölpreise. In der Schweiz werden



in erster Linie qualitativ hochwertige Güter und Dienstleistungen mit vergleichsweise geringem Energiebedarf produziert. Zudem wird die Stromnachfrage heute noch zur Hauptsache durch Strom aus Wasserkraft und Kernkraft befriedigt.

Kommt hinzu: Die Verteuerung fossiler Energieträger fördert die Wirtschaftlichkeit der er-

voraussichtlich noch einige Jahre deutlich höher als zum Ende des letzten Jahrhunderts, und die weitere Entwicklung bleibt unsicher.

Gefordert ist eine effiziente Energie- und Klimapolitik

Parallel zu den laufenden Arbeiten der Energieperspektiven 2035/2050 werden deshalb die Fachexperten des Bundesamts für Energie ein

IM VERGLEICH ZU ANDEREN VOLKSWIRTSCHAFTEN REAGIERT UNSERE WIRTSCHAFT WENIGER EMPFINDLICH AUF STEIGENDE ÖLPREISE.

neuerbaren Energien, sofern nicht gleichzeitig inflationsbedingt die Zinsen und damit die Kapitalkosten der investitionsintensiven Anlagen ansteigen.

Ausreichende Ölreserven vorhanden

Die International Energy Agency (IEA) erwartet in ihren «Perspectives énergétiques mondiales 2004» bis im Jahr 2030 ein Wachstum der Rohöl-Fördermenge von 40 Prozent. Dies erscheint ausreichend, um die gleichzeitige Zunahme der weltweiten Nachfrage um 1,6 Prozent im Jahresmittel abzudecken. Auch die Europäische Kommission geht davon aus, dass die Energieressourcen und besonders die Erdölressourcen den wachsenden Bedarf der nächsten 20 bis 30 Jahre decken können. Die verfügbaren Daten und die Mehrheitsmeinung der Fachleute lassen den Schluss zu, dass eine rasche Verschlechterung der mengenmässigen Erdölversorgung aufgrund eines Versiegens der Erdölvorkommen höchst unwahrscheinlich ist. Das Hauptproblem ist der erhebliche und preistreibende Nachholbedarf an Investitionen in die Erdölexploration und -verarbeitung. Die Ölpreise bleiben deshalb

Höchstpreisszenario für Rohöl untersuchen und die daraus resultierenden volks- und energiewirtschaftlichen Effekte darlegen.

Eine effiziente, langfristige und stetige Energiepolitik, betont das BFE, ist trotz der höheren Ölpreise erforderlich – nur das macht die Schweiz unabhängiger von den Turbulenzen auf den Erdölmärkten, fördert die Wertschöpfung im Inland und ist ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz.

(rik)

Nachgefragt bei Ulrich Kohli, Chefökonom der Schweizerischen Nationalbank

Herr Kohli, wie beurteilt die Nationalbank die Situation auf dem Erdölmarkt? Sind Inflationsängste berechtigt?

Ulrich Kohli: Nein, obwohl im September die Inflationsrate kurzfristig um 0,4 Prozent auf 1,4 Prozent gestiegen ist. Rund 0,5 Prozent des Anstieges sind der Verteuerung des Erdöls zuzuschreiben. Wir gehen aber davon aus, dass der Anstieg der Inflationsrate kurzfristiger Natur ist – vorausgesetzt, der Erdölpreis pendelt sich mittelfristig zwischen 60 und 65 Dollar pro Barrel ein.

Wie schluckt die Konjunktur den Preisaufschlag beim Erdöl?

Im Moment haben wir keinen Anlass davon auszugehen, dass infolge der hohen Erdölpreise die Konjunktur in der Schweiz stark gelitten hat. Wir beobachten aber, dass sowohl in den USA als auch in der Schweiz die Konsumentenstimmung leidet. Dies kann sich möglicherweise negativ auf die weitere Konjunkturentwicklung auswirken.

Hat dies Einfluss auf die Zinspolitik der Nationalbank?

Sollte sich die Konjunktur drastisch abschwächen, müssten wir handeln und möglicherweise die Zinsen senken. Dem steht die Gefahr einer höheren Inflation gegenüber, vor allem, wenn Zweitrunden-Preiserhöhungen eintreffen sollten. Dies würde wiederum für höhere Zinsen sprechen... Sie sehen, die Ausgangslage für die Nationalbank ist schwierig. Doch wie gesagt, kurzfristig sehen wir keinen Handlungsbedarf.

(rik)